

Schweiz ist stärker EU-integriert als viele Mitgliedsländer

Der Integrations-Index zeigt Stärke und Verletzlichkeit der Schweizer Wirtschaft im EU-Raum. Von Jörg König und Renate Ohr

Die Frage, wie sehr eine Einschränkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt die Schweiz treffen würde, hängt zentral von der Integrationstiefe ab. Diese lässt sich mit dem von den Autoren entwickelten Integrations-Index differenziert analysieren.

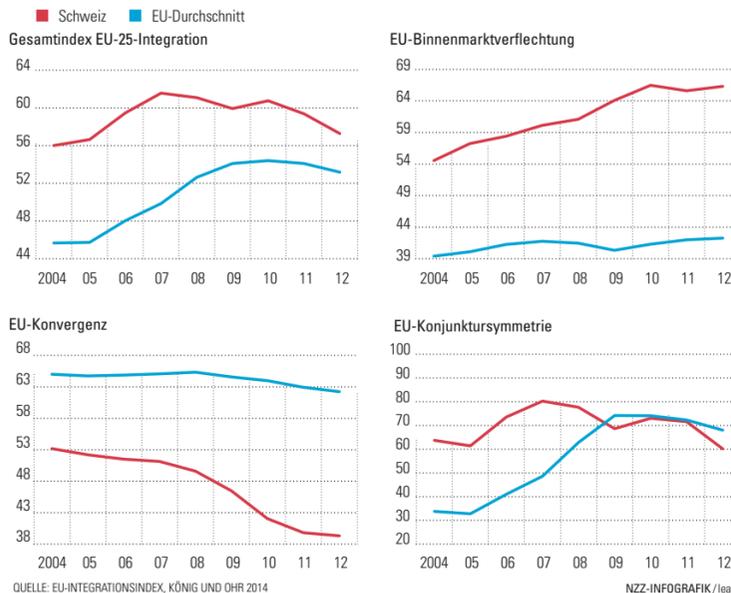
Die Schweizer Volksabstimmung über eine Begrenzung der Zuwanderung hat in der EU viel Kritik und Unverständnis ausgelöst, fühlten sich doch manche EU-Bürger und EU-Politiker mit der Schweiz sogar enger verbunden als mit einigen EU-Partnerländern. Für sie wiegt die geplante Diskriminierung besonders schwer. So ist nicht auszuschliessen, dass die EU im Gegenzug den privilegierten Zugang der Schweiz zum gesamten EU-Binnenmarkt auf den Prüfstand stellen wird. Unabhängig davon, ob der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten auch dem Zuzug hochqualifizierter Arbeitskräfte aus europäischen Nachbarländern zu verdanken ist, besteht also die Gefahr, dass die gesamten Wirtschaftsbeziehungen zur EU und die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile beeinträchtigt werden.

Drei zentrale Subindizes

Welche ökonomische Bedeutung könnte aber eine solche Einschränkung des Marktzugangs durch die EU für die Schweiz haben? Die Antwort darauf hängt wesentlich davon ab, wie stark die Schweiz mittlerweile mit den Mitgliedstaaten der EU wirtschaftlich verbunden ist, also faktisch auch in die EU integriert ist. Um dies zu messen, kann der von den Autoren entwickelte EU-Integrations-Index herangezogen werden. Mit dem Index wird der Integrationsgrad der einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit den übrigen EU-Partnern herangezogen, die die vielfältigen Integrationsbeziehungen auf unterschiedlichen Märkten und in Hinblick auf unterschiedliche ökonomische Zielgrössen erfassen. Für den vorliegenden Beitrag wurde dieser Index nun für die Schweiz angepasst und neu berechnet.

Der Gesamtindex setzt sich aus vier Subindizes zusammen, die einzelne Integrationsbereiche abbilden. Der Subindex EU-Binnenmarkt-Verflechtung beruht auf Daten zu Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen, zu Direktinvestitionen und zur Zuwanderung – Grössen, welche die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes widerspiegeln. Der Handel der ein-

Überdurchschnittlich stark integrierte Schweiz



zelnen Länder mit der EU, die Direktinvestitionen in die EU und aus der EU sowie die Erwerbstätigen aus den EU-Staaten werden dabei zum einen jeweils in Relation zur Grösse des betrachteten Landes gesetzt, um die relative Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zur EU für die Ökonomie des Landes zu dokumentieren. Zum anderen werden diese Verflechtungen mit der EU mit den globalen Verflechtungen des jeweiligen Landes verglichen. Hierdurch wird berücksichtigt, inwieweit die gesamten internationalen Wirtschaftsbeziehungen eines Landes durch die EU oder doch durch Nicht-EU-Staaten geprägt sind.

Indirekter Vergleich

Mit dem Subindex EU-Konvergenz wird die Integrationsstärke indirekt gemessen. Je stärker die wirtschaftliche Verbundenheit ist, umso eher werden sich in der Regel auch wichtige gesamtwirtschaftliche Zielgrössen annähern. Daher werden in diesem Subindex Grössen wie Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitskosten, Zinsen, Staatsschulden, Steuern mit den entsprechenden Werten des EU-Durchschnitts verglichen.

Auch der Subindex EU-Konjunktursymmetrie soll den Grad der wirtschaftlichen Verbundenheit indirekt widerspiegeln. Je enger die Güter- und Faktormärkte verschiedener Länder miteinander verbunden sind, umso ähnlicher werden Produktions- und Handelsstrukturen reagieren, so dass auch die Konjunkturverläufe sich annähern müssen.

te. Der vierte Subindex bildet die institutionelle Integration eines Landes mit der EU ab. Dazu gehören z. B. die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion oder der Grad der Einhaltung der EU-Richtlinien und -Vorgaben. Hierzu werden u. a. die Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Mitgliedsländer herangezogen. In diesem Subindex könnte die Schweiz naturgemäss als Nicht-EU-Mitglied keine vergleichbaren Werte erzielen. Daher wurde der EU-Integrations-Index speziell für die Schweiz nur mit den ersten drei Subindizes berechnet, wobei der Verflechtungs-Subindex mit etwas über 51% einget, der Konvergenz-Subindex mit etwas über 28% und der Subindex zur Konjunktursymmetrie mit 20,5%. Einbezogen wurden die Jahre seit der EU-Osterweiterung (2004 bis 2012) und alle Länder der EU-25 (mit Ausnahme Luxemburgs).

Starke Marktintegration

Wie die Abbildung zeigt, liegt die Schweiz dabei im Gesamtindex stets weit über dem EU-Durchschnitt. Die Schweiz ist sogar ähnlich stark in die EU integriert wie die EU-Gründungsmitglieder um Deutschland und Frankreich (Stand 2012). Eine politische Abkehr der Schweiz von Europa würde demnach tiefzitzende Integrationsbeziehungen ins Wanken bringen und wäre für die Schweiz von grosser ökonomischer Relevanz. Die grösste Bedeutung haben dabei die direkten Marktverflechtungen

(vgl. Tabelle), bei denen die Schweiz 2012 sogar auf Rang 3 hinter Belgien und Irland und mit deutlichem Abstand zu den übrigen EU-Staaten rangiert. Kleine Länder wie die Schweiz sind zwar grundsätzlich «offener», also wirtschaftlich enger mit den Nachbarländern verflochten als grosse Länder, die über einen grösseren eigenen Binnenmarkt verfügen, aber die Schweiz ist eben auch im Vergleich zu den vielen kleinen EU-Staaten (wie etwa Griechenland oder Dänemark) überdurchschnittlich stark in den EU-Raum integriert – und dies mit weiterhin stark zunehmender Tendenz. Die enge Verflechtung der Schweiz mit der EU resultiert dabei einerseits tatsächlich aus der sehr hohen Einwanderung europäischer Arbeitskräfte. Eine stark überdurchschnittliche Integration mit der EU findet sich aber andererseits auch im Handel mit Dienstleistungen und bei den Direktinvestitionen. Bei Letzteren ist aber primär die Relation zum BIP in der Schweiz weit überdurchschnittlich (Platz 3), in Relation zu den globalen Direktinvestitionsverflechtungen insgesamt sind diejenigen mit der EU jedoch stark unterdurchschnittlich (drittletzte Position). Hier spielt also die generell starke Offenheit der Schweiz im Kapitalverkehr die entscheidende Rolle, die sich auch im globalen Kapitalverkehr widerspiegelt. In der Integration über den Warenhandel liegt die Schweiz im EU-Durchschnitt, auch wenn die EU insgesamt wichtigster Handels- und Investitionspartner der Schweiz ist.

Positive Divergenz

Die ökonomische Konvergenz gegenüber den EU-Partnern, gemessen an der Ähnlichkeit gesamtwirtschaftlicher Zielgrössen wie Pro-Kopf-Einkommen, Preisniveau, Lohnkosten, Zinsen oder Staatsschulden, hat sich trotz den engen wirtschaftlichen Verflechtungen aller-

dings nicht vergrössert, sondern erheblich verringert. Dies ist aus Sicht der Schweiz aber nicht negativ zu beurteilen, da die zu beobachtende Divergenz daraus resultiert, dass sich die Schweiz in diesen wirtschaftlichen Kennzahlen deutlich positiver entwickelt hat als der EU-Durchschnitt.

Die divergente Entwicklung hat sich vor allem seit dem Ausbruch der Finanzkrise beschleunigt, da die Schweiz – ganz im Gegensatz zu vielen EU-Mitgliedstaaten – weder das Preisniveau senken noch die Staatsschulden in ausserordentlichem Ausmass erhöhen musste. Auch bei den Zinsen zeigt sich eher eine divergente Entwicklung. Diese offensichtliche Divergenz ist dabei auch Folge der fehlenden institutionellen Integration, die der Schweiz eine eigenständigere Geld- und Haushaltspolitik ermöglicht.

Die Symmetrie der konjunkturellen Daten wie Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes, Entwicklung der Arbeitslosigkeit oder der Inflationsrate zu jenen der EU war stets relativ hoch, hat sich in letzter Zeit allerdings leicht abgeflacht. Die hohe Symmetrie ist vor allem ein Resultat der engen EU-Binnenmarkt-Verflechtung der Schweiz. Ein Rückgang dieser bisherigen intensiven Wirtschaftsbeziehungen könnte demnach nicht nur die Schweizer Realwirtschaft treffen, sondern auch zu stärkeren Abweichungen von den Konjunkturverläufen der EU-Nachbarschaft führen.

Teure Spätfolgen?

Insgesamt lässt sich aus dem EU-Integrations-Index also ablesen, dass eine Wiedereinführung von Hemmnissen im grenzüberschreitenden Handels- und Kapitalverkehr mit der EU die Schweizer Volkswirtschaft schmerzhaft treffen könnte. Zudem konnte die Schweiz in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zur EU bisher die Vorteile weitgehender Marktintegration in Anspruch nehmen, ohne sich an manchen problematischeren Formen der Zentralisierung und institutionellen Integration beteiligen zu müssen. Jetzt läuft sie Gefahr, dass nicht nur die Freizügigkeit, sondern die gesamte Marktintegration eingeschränkt wird und eine später möglicherweise wieder gewünschte Rückkehr zu liberaleren Vereinbarungen dann wesentlich kostspieliger – nämlich durch eine stärkere institutionelle Einbindung – erkauf werden müsste.

Jörg König arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin. Er hat zu Fragen der Messung der Integration promoviert bei Renate Ohr, die als Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen lehrt.

EU-Binnenmarkt-Verflechtung 2012

Rang	Land	Index-Punkte	Rang	Land	Index-Punkte
1	Belgien	67,58	14	Dänemark	38,93
2	Irland	66,80	15	Slowenien	38,27
3	Schweiz	66,30	16	Finnland	37,39
4	Slowakei	57,20	17	Deutschland	37,27
5	Malta	53,68	18	Portugal	36,47
6	Tschechische Republik	51,61	19	Litauen	36,33
7	Niederlande	48,42	20	Frankreich	35,07
8	Estland	47,95	21	Lettland	34,55
9	Österreich	46,93	22	Vereinigtes Königreich	33,63
10	Ungarn	44,92	23	Spanien	33,27
11	Zypern	41,02	24	Italien	25,50
12	Schweden	40,15	25	Griechenland	21,98
13	Polen	39,54			

Bankenrettung in Südafrika

Aufteilung und Kapitalerhöhung

cap. Kapstadt · Südafrikas Notenbank hat im Eilverfahren ein Rettungspaket für die ins Straucheln geratene African Bank Investments geschnürt. Das Unternehmen, der grösste Anbieter ungesicherter Kredite des Landes, werde unter Insolvenzverwaltung gestellt und in eine «gute» und eine «schlechte» Bank aufgeteilt, gab Notenbankgouverneurin Gill Marcus bekannt. Die Notenbank übernehme die notleidenden Kredite für 7 Mrd. Rand (600 Mio. Fr.). Die Restbank, deren Aktien an der Johannesburger Börse weiter gehandelt werden sollen, soll eine Kapitalerhöhung von 10 Mrd. Rd erhalten. Das Kapital bringen die fünf führenden Banken und der staatliche Pensionsfonds PIC auf.

Wie berichtet, hatte die Bank in der vergangenen Woche dramatisch an der Börse an Wert verloren, als sie wegen eines Rekordverlustes in diesem Jahr eine Kapitalerhöhung von 8,5 Mrd. Rd angekündigt hatte. Der Vorstandschef trat zurück. Die Notenbank betonte abermals, dass es sich nicht um eine allgemeine Bankenkrise handle.

Kurdisches Erdöl ohne Käufer

Der Erdölhandel wird von islamischen Extremisten und der Bagdader Regierung bedrängt

gho. · Nachdem sich die Kämpfe zwischen sunnitischen Extremisten des Islamischen Staates und den Peschmerga, den Miliztruppen des kurdischen Teilstaats im Nordirak, intensiviert haben, stellen sich ausländische Erdölkonzerne vermehrt die Frage nach der Sicherheit. Das amerikanische Unternehmen Hess suspendierte seine Aktivitäten in der Kurdenregion. Zuvor hatte bereits der Erdölkonzern Afren ein Erdölfeld geschlossen. Unter anderem hatten zuvor Exxon-Mobil und Chevron einige Mitarbeiter aus dem Nordirak evakuiert.

Neben den Feldern im Südirak ist das Kurdengebiet das zweite wichtige Erdölfördergebiet im Irak, dem zweitgrössten Produzenten innerhalb der Opec. Bis jetzt laufen die Exporte von den süd-irakischen Feldern noch ungestört von den kriegerischen Auseinandersetzungen. Am Freitag meldete die Nachrichtenagentur Reuters, dass auch die kurdische Pipeline zur türkischen Hafenstadt Ceyhan normal funktioniere. Derzeit können 120 000 Fass pro Tag über die Leitung gepumpt werden. Die Pipeline Kirkuk-Ceyhan aber, die von

der Zentralregierung in Bagdad kontrolliert wird, ist nach mehreren Attacken nicht mehr in Betrieb.

Dass es noch kurdische Erdölexporte gibt, löst in Bagdad keine Freude aus. Die Zentralregierung erachtet die Ausfuhr der Kurden als illegal; die Öleinnahmen werden auch zur Stärkung der Autonomie des Teilstaats im Nordirak verwendet. Die kurdische Pipeline in die Türkei war im Dezember vergangenen Jahres in Betrieb genommen worden. Zuvor waren seit 2012 Lieferungen mit Tanklastwagen an die türkische Mittelmeerküste erfolgt. Von dort verkaufte Kurdistan kleinere Erdölmengen. Im Mai wurde, unter grossem Widerstand der Bagdader Regierung, in Ceyhan der erste grosse Tanker beladen.

Von den bisher fünf Tankschiffen aus Ceyhan konnte aber offenbar nur eine Ladung vollständig gelöscht werden. Laut Medienberichten soll diese nach Israel verfrachtet worden sein. Das Erdöl eines weiteren Frachters, der «United Emblem», könnte bei Malaysia auf andere Schiffe umgeladen worden sein. Die Tanker «United Leadership» und

«United Kalavrvta» befinden sich derzeit vor der Küste Marokkos bzw. von Texas. Besonders die «Kalavrvta» hat eine gewisse Berühmtheit erlangt: Vor einiger Zeit hatte die irakische Regierung bei einem Bundesgericht in Houston die Beschlagnahmung der Fracht beantragt, was gutgeheissen wurde. Die «United Kalavrvta» befindet sich laut der Website vesselfinder.com jedoch immer noch ausserhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer, womit die US-Behörden nichts unternehmen können. Washington stützt prinzipiell die Position Bagdads.

Vor kurzem soll ausserdem der Tanker «Kamari» Ceyhan verlassen haben. Es müssen immer wieder Frachter beladen werden, weil in der Hafenstadt am Mittelmeer nur eine beschränkte Lagerkapazität für das kurdische Erdöl vorhanden ist. Bisher hatte sich Bagdad vor allem auf die grösseren Ladungen fokussiert. Kleinere Mengen, die am türkischen Hafen Dörtyol verladen wurden, können schwerer verfolgt werden und sind bis anhin auch leichter verkauft worden.

IN KÜRZE

Londons Banken zahlen mehr (Bloomberg) · Londoner Banken haben ihren neuen Mitarbeitern im Juli im Schnitt eine Gehaltserhöhung von 20% gewährt, wie eine Umfrage des Personalberaters Morgan McKinley ergab. Das sei der stärkste durchschnittliche Lohnzuwachs innerhalb eines Monats seit April gewesen, erklärte Morgan McKinley. Im Juni hatten Mitarbeiter bei ihrer Neueinstellung 14% mehr Gehalt bekommen. Die Zahl der offenen Stellen in der City hat im Juli gegenüber dem Vormonat um 10% auf 9315 Stellen zugenommen.

Brüssel kürzt die Fischfangquoten (dpa) · Wegen Überschreitung ihrer Fischfangquoten 2013 müssen zehn EU-Staaten im laufenden Jahr ihren Fischfang beschränken. Zu den betroffenen Ländern gehörten Frankreich, Spanien und Portugal, aber auch Grossbritannien und Polen, erklärte EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki. Insgesamt beachten die Staaten die Regeln aber stärker: Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Kürzungen um 22% zurück.